



Seit die Kreml-Partei «Einiges Russland» in der Duma die Mehrheit besitzt, sind die Debatten kürzer geworden – der Kreml wirkt wohl hinter den Kulissen. (key)

**Russland** Vorbereitung auf Parlamentswahlen – die Themen sind vorgegeben

# Kreml konkurrenziert sich selber

In Russland vertreten die Parteien die Interessen der Kreml-Elite, buhlen aber vordergründig um die Gunst des Volkes. Das Maskenspiel strebt seinem Höhepunkt entgegen, den Parlamentswahlen im Dezember.

Christian Weisflog, Moskau

Wie Schuljungen wirken die mehrheitlich grauhaarigen Führer der kremltreuen Parteien nach einem Treffen mit Wladimir Putin im vergangenen Dezember. Emotionslos rapportieren sie im staatlichen Fernsehen, was ihnen der russische Präsident aufgetragen hat: Extremismus werde nicht geduldet, wer sich im Wahlkampf rassistischer oder nationalistischer Parolen bediene, müsse mit harten Konsequenzen rechnen.

## Regionalwahlen als Kostprobe

Ebenfalls zum Treffen geladene oppositionelle Parteiführer erhielten keine Sendezeit. Zum Thema Extremismus hätten sie bestimmt etwas zu sagen gehabt. Denn ein neues Gesetz dehnt den Begriff so weit, dass jede beliebige Kritik bereits der Grund für einen Wahlauschluss sein kann. Die nun Mitte März anstehenden Regionalwahlen liefern erste Kostproben: So beschuldigte die Wahlkommission des Moskauer Gebiets etwa die oppositionelle «Union der Rechten Kräfte» (SPS), «sozialen Hass zu schüren», weil sie in einer Broschüre höhere Löhne und Renten versprochen hatte.

**Gipfeltreffen** Reise Ahmadinedschads nach Riad weckt Hoffnungen in der Region

# Ein Hoffnungsschimmer für den Libanon

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad trifft heute in Riad mit dem saudischen König Abdullah zusammen.

Michael Wrase, Limassol

Arabische Zeitungskommentatoren sehen in dem Gipfeltreffen den «Höhepunkt von monatelangen diplomatischen Anstrengungen zur Lösung der politischen Krise im Libanon». Seit mehr als drei Monaten versucht dort die schiitische Hisbollah mit einer Blockade des Beirut Regierung- und Geschäfts-

Dem Kreml geht es aber wohl auch darum, die Kontrolle über nationalistische Themen, wie zum Beispiel das Problem der illegalen Migration oder der Identität der russischen Nation, nicht aus der Hand zu geben. Ein Exempel wurde mit der «Heimat»-Partei von Dmitrij Rogosin statuiert. Der charismatische Politiker gründete die Partei mit Putins Segen vor den Duma-Wahlen 2004 und gewann auf Anhieb neun Prozent der Stimmen. Mit zweifelhaften sozial-populistischen Parolen erfreute sich die «Heimat» wachsender Beliebtheit. Und Rogosin erwies sich als Politiker, der sich vom Kreml nur bedingt zähmen liess. Dafür erhielt er, nicht ganz zu Unrecht, die Quittung: Wegen eines rassistischen Wahlvideos wurde die «Heimat» von den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament ausgeschlossen.

Das Video war jedoch mehr der Vorwand als der Grund für die Sanktion: Andere Parteien, die nicht weniger problematische Kampagnen fuhren, durften daran teilnehmen. Die «Heimat» wurde so lange von Regionalwahlen ausgeschlossen, bis Rogosin als ihr Führer zurückgetreten war. Der umstrittene Politiker plant nun sein politisches Comeback als Kopf einer Bewegung: «Wenn das russische Parlament die schwierigen sozialen und zwischenethnischen Konflikte nur bespricht und nicht löst, werden sie auf der Strasse ausgetragen», poltert der Populist Rogosin.

## Kürzere Debatten

Auch wenn Rogosin wohl kein lupenreiner Demokrat ist, die Überzeugungen des Parlamentssprechers und Vorsitzenden der Kreml-Partei «Einiges Russland»,

Boris Gyslow, erscheinen nicht weniger zweifelhaft: «Die Staatsduma ist kein Ort für politische Diskussionen», meint der ehemalige Elektroingenieur. Wie Präsident Putin ist auch er in St. Petersburg aufgewachsen und soll laut russischen Medien die Schulbank mit Geheimdienst-Chef Nikolaj Patruschew gedrückt haben. Seit «Einiges Russland» die absolute Mehrheit im Parlament besitzt, sind die Debatten kürzer geworden, der Kreml soll hinter den Kulissen Regieanweisungen geben. Nicht umsonst wird «Einiges Russland» auch als «Partei der Macht» bezeichnet. Ihr Rating hängt praktisch direkt von jenem des Präsidenten ab.

## Weiteres Kreml-Produkt

«Einiges Russland» erhält nun aber Konkurrenz, und zwar von der Partei «Gerechtes Russland». Auch sie ist ein Kreml-Produkt und auf den Trümmern der «Heimat»-Partei entstanden. Ihr Führer Sergej Mironow ist ebenso trocken, farblos und linientreu wie Gyslow. Mironow präsidiert das russische Oberhaus, den Föderationsrat. Auch er kommt aus St. Petersburg und ist ein Putin-Vertrauter. Die Aufgabe seiner Partei wird es sein, den Kommunisten möglichst viele Stimmen abspenstig zu machen, wie es früher die «Heimat» getan hat. So sprach Mironow seine Parteimitglieder kürzlich auf einer Versammlung mit «Liebe Genossen» an.

Gyslow braucht Mironows Partei nicht zu fürchten: «Sie sehen sich auch als Partei des Präsidenten. Sie sind daher verpflichtet, so abzustimmen wie wir», erklärte der 56-jährige Duma-Sprecher der Zeitung «Wedomosti». Laut

Umfragen wollen zwischen 40 und 50 Prozent der Russen ihre Stimme «Einiges Russland» geben, Mironows junger Partei nur 7 Prozent. Neben den Kreml-Parteien können sich nur noch die Kommunisten (15 Prozent) und die liberal-demokratische Partei (LDPR) des beliebten Politclowns Wladimir Schirinowskij (10 Prozent) Chancen auf Parlamentsitze ausrechnen. Schirinowskij wettet zwar auch mal gegen den Kreml, seine Partei stimmt aber nie gegen ihn. Die Listenplätze seiner Partei soll er laut Medienberichten für gutes Geld verkaufen. Aufgrund ihres gesellschaftlichen Rückhalts sind die Kommunisten für den Kreml heute deshalb die einzige ernst zu nehmende Opposition.

## Demokratische Parteien uneins

Angeichts einer Sperrklausel von sieben Prozent sind die Chancen für die demokratische Opposition sehr gering. Zwar wäre jeder fünfte Russe bereit, den Demokraten seine Stimme zu geben. Aber dieses Wählerpotenzial verteilt sich auf mehrere kleine Parteien, die nicht zu einer Einigung bereit sind. Zudem leiden sie unter einer Medienblockade. Der republikanischen Partei wiederum wurde gar die Registrierung verweigert. Unter dem Namen «Ein anderes Russland» versuchen Systemkritiker deshalb ausserhalb von Wahlen und Parlament eine Protestbewegung zu gründen. Die Chancen einer orangenen Revolution wie in der Ukraine scheinen jedoch gering: Zur Kundgebung im Dezember kamen in Moskau 3000 Demonstranten und 8000 Polizisten. Doch sie glauben an ihre Chance: Heute wollen sie in Petersburg gegen Putin marschieren.

## Tschetschenien

# «Starker Mann» wird Präsident

Das tschetschenische Parlament hat am Freitag Ex-Rebellenchef Ramsan Kadyrow zum Präsidenten der Kaukasus-Republik gewählt.

Nach Angaben russischer Nachrichtendienste stimmten 56 der 58 anwesenden Abgeordneten für Kadyrow. Zwei Stimmen waren ungültig. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte den 30-jährigen Kadyrow am Donnerstag offiziell als Kandidaten vorgeschlagen. Der «starke Mann» Tschetscheniens, Sohn des 2004 ermordeten pro-russischen Präsidenten Ahmad Kadyrow, war seit dem Rücktritt von Alu Alchanow bereits seit dem 15. Februar Übergangspräsident. Er ist für seine mächtigen Milizen gefürchtet, denen Entführungen und Folter nachgesagt werden.

Für die Zukunft kündigte der neue Präsident an, er wolle Tschetschenien in eine «blühende Region» verwandeln. Rebellen kämpfen seit Jahren in Tschetschenien für die Unabhängigkeit von Russland. Dabei verüben sie Anschläge und liefern sich Gefechte mit den in der Kaukasus-Republik stationierten russischen Soldaten. Internationale Organisationen werfen den russischen Streitkräften Menschenrechtsverletzungen vor.

## Aufklärung gefordert

Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, hatte noch am Donnerstag eine «Wahrheitskommission» für nicht aufgeklärte Verbrechen in Tschetschenien gefordert. Noch immer gebe es Folter und Entführungen, sagte er in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny. Die Wahrheitskommission aus internationalen Experten solle «unparteiisch prüfen, was tatsächlich passiert ist», sagte Hammarberg bei einer Konferenz vor pro-russischem Publikum. Menschenrechtsgruppen boykottierten die Tagung. (apf/afd)

## Kosovo

# Ergebnislose Gesprächsrunde

Die letzte Gesprächsrunde zwischen Serben und Kosovo-Albanern über die Zukunft des Kosovo ist am Freitag in Wien ohne Annäherung zu Ende gegangen. Das teilte der Uno-Sondergesandte Martti Ahtisaari mit. Beide Seiten beharrten demnach auf ihren «diametral entgegengesetzten» Standpunkten. Während die Kosovo-Albaner die vollständige Unabhängigkeit für die serbische Provinz fordern, lehnt Belgrad dies strikt ab. Ahtisaari wird den Regierungsspitzen beider Seiten am 10. März in Wien einen voraussichtlich nur leicht modifizierten Plan für den künftigen Status des Gebiets vorlegen, bevor der Uno-Sicherheitsrat darüber entscheidet.

Am 2. Februar hatte der Uno-Vermittler Belgrad und Pristina einen Vorschlag unterbreitet, der für die überwiegend von Albanern bewohnte serbische Provinz eine eingeschränkte Unabhängigkeit unter internationaler Aufsicht vorsieht. Gleichzeitig geniesst die kleine serbische Minderheit darin einen umfassenden Minderheitenschutz. Vertreter beider Seiten hatten sich seit dem 21. Februar in Wien mehrfach getroffen, um Fragen des künftigen Zusammenlebens der Ethnien zu klären.

## «Einigung war nicht zu erwarten»

Serbische Vertreter bestätigten nach der letzten Gesprächsrunde in Wien, dass es zwischen beiden Seiten keine Annäherung der Standpunkte gegeben habe. «Eine Einigung zwischen Belgrad und Pristina war auch nicht zu erwarten», sagte Leon Kojen, Berater des serbischen Präsidenten Boris Tadic. Skender Hyseni, Mitglied der kosovo-albanischen Delegation, bekräftigte dagegen, Pristina habe bei den Gesprächen noch einmal bestätigt, dass es den Vorschlag von Ahtisaari als Ganzes annehme. (dpa)

viertels den Sturz der Regierung von Fud Siniora zu erzwingen. Der libanesische Ministerpräsident gilt als «Mann der Saudis und Amerikaner». Hisbollah wird vom Iran unterstützt. Gespräche zwischen den «grossen Brüdern» der libanesischen Konfliktpartner sind daher nicht nur sinnvoll. Im Libanon werden sie sogar als die möglicherweise letzte Chance zur Verhinderung eines Bürgerkrieges oder grösserer ziviler Unruhen bezeichnet.

## Westliche Beobachter skeptisch

Die Spannungen in der Region würden ständig zunehmen. Ein Gedankenaustausch zwischen zwei grossen Staaten der Region könnte daher zur Abwehr von Bedrohungen beitragen, erklärte

Mohammed Hosseini, der Botschafter Irans in Saudi-Arabien. Westliche Beobachter im Libanon äusserten sich dagegen pessimistisch. Selbst wenn es Saudi-Arabien und Iran gelingen sollte, einen Teilkompromiss für Libanon zu erzielen, würde dieser nicht lange leben, sagte Heiko Wimmen vom Beirut Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Der Konflikt in der Zedernrepublik, so der Politologe weiter, sei eng mit den grösseren Konflikten des Mittleren Ostens verzahnt. Man müsse daher abwarten, welche Strategie die Supermacht Amerika gegenüber Iran und Syrien verfolge. Danach werde man auch im Libanon wissen, «wo es lang gehe».

Wie die meisten Beobachter im Mittleren Osten blickt auch Wimmen mit

Spannung auf die Irak-Konferenz am 10. März in der Hauptstadt Bagdad, an der es vermutlich erstmals zu direkten Gesprächen zwischen Amerikanern, Syrern und Iranern kommen wird. Auch die Libanon-Krise dürfte dann wieder auf der Tagesordnung stehen – wenn gleich die Konfliktparteien an der Levante betonen, dass «unsere Positionen niemals einem grossen Kompromiss in der Region geopfert werden», erklärte Walid Jumblat am vergangenen Wochenende in Washington. Der libanesische Drusenführer war dort von US-Präsident George W. Bush empfangen worden, der ihm «vorbehaltslose» politische Rückendeckung versprach. Jumblat ist einer der schärfsten politischen Widersacher der Hisbollah.